

EINLADUNG

Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung am 10. November in Berlin:

„Was hält uns eigentlich zusammen, wenn das Wirtschaftswachstum ausbleibt?“

Über den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Stabilität der Demokratie

Berlin/Hamburg, 2. November 2009 – Mit der Frage „Was hält uns zusammen, wenn das Wirtschaftswachstum ausbleibt?“ beschäftigt sich die Jahrestagung 2009 der Deutschen Nationalstiftung. Sie findet am

Dienstag, 10. November, um 18.30 Uhr

im Forum (Atrium) der Deutschen Bank AG, Unter den Linden 13/15
(Eingang Charlottenstraße 37/38), 10117 Berlin,

statt. Dazu laden wir herzlich ein.

Bitte, melden Sie sich mit dem beigefügten Antwortfax bis Montag, 9. November, 18.00 Uhr, an.

Den Einführungsvortrag zum Thema „Für eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft“ hält **Prof. Dr. Reinhard Marx**, Erzbischof von München und Freising und Senatsmitglied der Deutschen Nationalstiftung. Mit ihm diskutieren anschließend

Wim Kok, Ministerpräsident der Niederlande a. D.

Prof. Dr. Kurt J. Lauk, Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU

Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie a. D. und Senatsmitglied der Deutschen Nationalstiftung

Prof. Dr. Klaus Schweinsberg, INTES, Akademie für Familienunternehmen GmbH

Hintergrund:

Die Bundesrepublik Deutschland gründete ihren Sozialkonsens auf Wohlstand und ständige Verbesserung des Lebensstandards. Das Wirtschaftswachstum stützte den sozialen Konsens und verhinderte Verteilungskämpfe. Demokratie erschien als das Versprechen auf ein besseres Leben. Auch künftig sollen staatliche Leistungen aus Wachstum finanziert werden.

Was hält uns dann zusammen, wenn das Wachstum ausbleibt? Reichen das gemeinsam empfundene Gefühl von Freiheit und gemeinsame kulturelle Werte aus, Sozialkonflikte und einen Zerfall der Nation und der Demokratie zu vermeiden?

In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise erleidet die Demokratie weltweit zugunsten autoritärer staatskapitalistischer Systeme einen Akzeptanzverlust. Ralf Dahrendorf und Colin Crouch befürchten den Verfall liberaler Demokratien und das Heraufziehen des „postdemokratischen Zeitalters“.

Auch das Vertrauen der Deutschen in die Marktwirtschaft geht nach Umfragen des Bankenverbandes kontinuierlich zurück und mehr als die Hälfte der Ostdeutschen

sprechen sich gegen die Marktwirtschaft aus, weil das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr als eingelöst erscheint.

Die Gesellschaft driftet auseinander und die Polarisierung in Arm und Reich wächst. Der Begriff der „Sozialen Gerechtigkeit“ beherrscht die politische Debatte. Die „gefühlte Ungerechtigkeit“ wächst. Studien sehen die soziale Ungleichheit in Deutschland als stärker ausgeprägt als in den meisten anderen EU-Ländern.

20% der Bevölkerung besitzen mehr als 80% des privaten Vermögens. Die Hälfte der Bevölkerung hat gar kein Vermögen. Die Verschuldung des Staates erreicht nie gekannte Höhen.

Gefördert durch die Ausbildung an zahlreichen „Schools“ dient privates Gewinnstreben immer weniger zugleich dem Wohle des ganzen Volkes, sondern bedroht die Interessen der Allgemeinheit. Managergehälter und Bonuszahlungen in Krisenzeiten haben die Solidarität der Gesellschaft beschädigt. Das Gefühl, durch individuelles Streben nach Wohlstand in der Gemeinschaft Gleichgesinnter Verbesserungen für alle zu erreichen, ist verloren gegangen. Die „Verbands- und Zusammenhaltsgesellschaft“ erodiert.

Deutsche Nationalstiftung

wurde 1993 mit Blick auf die Wiedervereinigung Deutschlands von Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt gemeinsam mit Hermann Josef Abs, Gerd Bucerius, Kurt Körber und Michael Otto in Weimar gegründet und steht unter der Schirmherrschaft des jeweils amtierenden Bundespräsidenten.

Die Stiftung will dazu beitragen, die Fremdheit zwischen Ost und West in Deutschland zu überwinden und die nationale Identität der Deutschen in einem vereinten Europa zu fördern. Sie veranstaltet internationale Jugendprojekte, Jahrestagungen zu Grundsatzfragen und vergibt jährlich den Nationalpreis.

Im Gründungsaufwurf sagte Helmut Schmidt: „Die Idee der Deutschen Nation und die Bestimmung unserer nationalen Identität in einem politisch geeinten Europa dürfen wir weder extremen politischen Kräften noch den Gegnern der Europäischen Integration überlassen.“

Weitere Informationen unter www.nationalstiftung.de.

Rückfragen bitte an

Dirk Reimers, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Nationalstiftung, Feldbrunnenstraße 56, 20148 Hamburg, Telefon 040 4133 6753, E-Mail: reimers@nationalstiftung.de, bzw. an unser Pressebüro BKM, Ludwig Rademacher, Telefon 040 8787 7950 und 0178 414 8509, E-Mail rademacher@hamburg-bkm.de